

ÁKOS TÓTH
NACH DER
EROBERUNG
WIE AUTOKRATEN
MEDIEN KONTROLLIEREN
INSIDERCHRONIK DER
GEZIELTEN ÜBERNAHME
UNABHÄNGIGER
MEDIEN IN UNGARN

AUS DEM UNGARISCHEN VON EVA ZADOR

Wahrheitsperlen Verlag

2026

Anmerkung: Redaktionsschluss für dieses Buch war Anfang
Januar 2026.

Inhaltsangabe

Inhaltsangabe	7
Prolog	9

Kapitel 1

Drohende Gewitterwolken	15
Im Schatten des Zweidrittelsieges	17
Im Besitz der absoluten Macht	21
Eine zeitlose Erkenntnis: Ohne Medien geht es nicht	23
Die Jäger und die Gejagten	28
Der revoltierende Verwalter: Lajos Simicska	30
Die Übernahme von <i>Index</i>	36
Der Aufstand von Lajos Simicska und die neuen Verwalter	46
Schein und Sein der Medienaufsicht	59
Wie die Medienanalyse von <i>Mérték</i> den Niedergang beschreibt	61
Wie sich Fernseh- und Radiosender entwickelten	66
Der Fall des populären oppositionellen Senders <i>Klubrádió</i>	67
Der Kampf ums Internet und die Zähmung von <i>Origo</i>	70
Ungarns Regierung unter Ausschluss einer kritischen Öffentlichkeit	71
Ein juristischer Kampf gegen Windmühlen für die Freiheit der Presse	80
Die Geschichte des Csaba Lukács und seiner Läuterung	90
Magyar Hang und die Wiederauferstehung der Hoffnung	109
An die Leine gelegt: Die <i>Népszabadság</i> und Ringier	112
Die Selbstlosigkeit der Oligarchen	119
Brauchst Du eine Kampagne, ruf Balásy an!	128
Ohne Feind geht es nicht	132
Wie Agenturen Hass als politisches Produkt entwickeln	134
Der Tanz mit dem Teufel	139
Der letzte Mohikaner: Zoltán Varga	144
Kurzer Glanz, harter Fall: Marcell Murányi an der Spitze der <i>Népszabadság</i>	156

Der unerwartete Auftritt eines Rabbiners	163
Ihr Kämpfer, zieht von den Mauern auf Social Media	167

Kapitel 2

Die Gleichschaltung der Medien – Wie die Regierung Orbán Ungarns Medien gleichschaltete, um ihre Vorherrschaft zu sichern	175
Das Schicksal der Öffentlich-Rechtlichen Fernsehsender	177
Rolle der öffentlich-rechtlichen Radiosender und der Nachrichtenagentur MIT	179
KESMA: Eine Stiftung als Medienimperium der Regierung	180
Das Portfolio des Medienimperiums KESMA	181
Der Griff nach den privaten Fernsehen	183
Der letzte ausländische Zeitungsinvestor gibt auf	185
Scheinfreiheit geduldeter „oppositioneller“ Medien	186
RTL Ungarn sendet noch regierungskritische Inhalte	188
Weitere Griffe in die Trickkiste des Medienmarkts	190
Die letzten Inseln der freien und unabhängigen Presse	191
Soziale Medien: Warum die Regierung einen Inkubator für Propagandazwecke aufbaut	193
Social Media Plattformen als Ventil der Opposition	194
Werbemarktverzerrung durch staatliche Einflussnahme	195
Die Rolle der EU: Bleiben Empfehlungen ohne Folgen?	199
Ungarns Abstieg in Rankings zur Medienfreiheit	200

Kapitel 3

Mit den Augen der Medienforscherin	205
Epilog – Hoffnung gibt es immer	221
Anmerkungen	231
Anhang	239
Über den Author	254
Die Medienwissenschaftlerin	255

Prolog

Ich stand an einem trüben, frühen Frühlingstag vor dem Studio des Fernsehsenders *ATV*, als mein Handy klingelte. Es war Lajos Simicska, der einstige politische Weggefährte von Viktor Orbán. Als freundschaftlich könnte ich unser Verhältnis nicht gerade bezeichnen. Meistens zog er mich zur Rechenschaft oder tobte wegen eines Artikels, den ich geschrieben hatte und der ihm nicht gefiel. Und obwohl er es auch dieses Mal nicht versäumte, auf die *Népszabadság* zu schimpfen, die damals noch die größte politische Tageszeitung Ungarns war, änderte sich sein Tonfall nach ein paar Sätzen.

Er hatte einen Grund, denn zu diesem Zeitpunkt hatte er sich in seiner Enttäuschung bereits vehement gegen seinen einstigen Mitstreiter Viktor Orbán gewandt und trat als Medieneigentümer, wenn auch nur für kurze Zeit, als der letzte Verteidiger einer regierungsunabhängigen Presse auf. Versöhnlich teilte mir Simicska am Telefon mit, ich könne beruhigt sein, die *Népszabadság* sei noch nicht in unmittelbarer Gefahr: „Aber sie wollen die Zeitung schließen, das wissen Sie, oder? Es gab einen Plan dafür. Und den gibt es immer noch“, sagte er. Dann brach die Verbindung ab.

Versteinert stand ich in jenem dunklen Raum, in den ich mich in Hoffnung auf Diskretion zum Telefonieren zurückgezogen hatte. Schon seit Jahren hatte ich den Druck verspürt, dass das Land sich in eine bestimmte Richtung bewegen würde, die auch das Schicksal der freien Presse und der *Népszabadság* besiegeln könnte.

Einige der Journalisten und Redakteure der Zeitung beschlossen in 2015, den Kampf gegen den zunehmend stärkeren und offenkundigen Druck seitens der Orbán-Partei Fidesz aufzunehmen. Gegen jenen Druck, der langsam, aber unaufhaltsam zunahm, sich näherte und einem die Luft zum Atmen nahm: Der Redaktion wurde das Recht entzogen, den Chefredakteur zu wählen; prägende Persönlichkeiten wurden entlassen oder – zuweilen unter Zwang – in den Ruhestand geschickt. All das tarnte man vordergründig mit Sparmaßnahmen, die in Wirklichkeit aber die redaktionelle Arbeit gefährdeten. Damals wusste ich bereits: Wir konnten diesen Kampf nicht gewinnen. Die Zukunft schien mir, als ich mit meinem Handy in der Hand dort stand, zunehmend düsterer und unsicherer.

Es gab Zeiten, in denen ich angesichts der sich um mich herum verdichtenden Zeichen überlegt hatte, ob ich meine Arbeit fortsetzen könnte, wenn die *Népszabadság* eines Tages sanft „auf Linie“ gebracht würde, damit sie in den Augen der Mächtigen nicht länger als Störfaktor galt. Doch verscheuchte ich diesen Gedanken schnell, denn ich war mir sicher, dass man das Blatt nicht sanft auf Linie bringen konnte und ich spürte, dass ich unfähig wäre, dabei zu assistieren. Das kann man als Journalist mit reinem Herzen nicht tun – existenzielle Umstände hin oder her. Selbst dann nicht, wenn einem vielleicht gar nicht vorgegeben wird, was man zu schreiben hat. Um sich als Journalist zu einem Instrument der Propaganda umdrehen zu lassen, braucht es Selbstaufgabe

oder einen linientreuen Glauben, eine felsenfeste Überzeugung. Möglicherweise eine Kombination aus beidem. Ich aber war von Natur aus zur Selbstaufgabe ungeeignet. Und was den Glauben betrifft, so steht alles, was ich für wichtig halte – vor allem der feste Glauben daran, dass allen Menschen die gleichen Chancen zustehen müssen – im Gegensatz zu dem, was das System Viktor Orbáns verkörpert. Eigentlich hatte ich also nichts zu überdenken. Es blieb also nur der Kampf, um zu verhindern, dass wir auf Linie gebracht wurden – solange es eben möglich wäre.

Doch Simicskas Anruf ließ mich erstarren: Es war mir bislang nicht einmal im Traum eingefallen, dass man die *Népszabadság* auch einstellen könnte. Das erschien unvorstellbar, handelte es sich doch um die bei weitem größte Tageszeitung Ungarns, die sich durchaus mit ihrer eigenen Vergangenheit auseinandergesetzt hatte und die ich für einen festen Bestandteil der ungarischen Kultur hielt.

Langsam kehrte ich in das ATV-Studio zurück. Einige sahen mich fragend an, warum ich das Studio so eilig verlassen hatte, aber ich sagte nichts. Mich überkam ein seltsames Gefühl, ein Déjà-vu, als hätte ich das schon einmal erlebt.

Tatsächlich erinnerte ich mich: In den Monaten vor dem Regierungswechsel 2010 war ich mit einem Kollegen auf dem Weg ins Parlamentsgebäude, um ein Interview mit dem damaligen Ministerpräsidenten Gordon Bajnai zu führen, der nur ein Jahr lang regierte, um die ungarische Wirtschaft wieder auf den richtigen Kurs zu bringen. Wir hatten noch ein wenig Zeit, standen am Seiteneingang zum Parlament, und ich blickte in die Ferne. Über der Donau hing dichter Nebel, der alles verhüllte und verschleierte, Smog lag über der Stadt, ich erschauerte und zog den Mantel enger. „Ich glaube, wir betreten das Parlament jetzt für

lange Zeit zum letzten Mal“, sagte ich zu meinem Kollegen, der nur nickte. Diese Ahnung sollte sich bewahrheiten.

Genauso wie damals steckte ich an jenem Frühjahrsabend, nach diesem seltsamen Telefongespräch, die Hände in die Taschen, als würde ich frieren, und mich überkam ein Gefühl unendlicher Dunkelheit.

Kapitel 1

Drohende Gewitterwolken

Der 18. August 2015 begann unspektakulär. Ein grauer Himmel über Budapest, die Luft lau, kein Sturm, keine Hitze, kein auffälliger Windzug. Nach dem Unwetter des Vortages war das fast eine Wohltat. Da hatte ein sintflutartiger Regen die Hauptstadt innerhalb einer Stunde mit über 83 Millimetern Niederschlag übergossen – das Anderthalbfache eines durchschnittlichen Augusts. Straßen verwandelten sich in Flüsse, der Strom fiel in ganzen Vierteln aus, und Budapest lag stellenweise im Dunkeln.

Die größte Tageszeitung Ungarns, *Népszabadság*, berichtete damals natürlich auf der Titelseite über das wütende Gewitter am Vortag. Doch die Redaktion fand eine andere Nachricht viel wichtiger: dass nämlich der inzwischen verstorbene Filmguru und Regierungskommissar für Filmwesen Andy Vajna, der überaus gute Kontakte zur Machtelite pflegte, beim Staat eine Rückerstattung von knapp 10 Millionen Euro¹ für seine ungarischen Kasinobeteiligungen beantragen konnte. Die Zeitung erwähnte in einer Notiz auf der Titelseite auch, dass das Familienweingut

eines Staatssekretärs Aprikosenkerne als krebshemmendes Mittel auf den Markt bringen wollte. Und der Berichterstatter aus Szeged ging der Frage nach, wie trotz eines Stacheldrahtzauns nahe der südungarischen Gemeinde Ásotthalom an der Grenze zu Serbien, innerhalb eines einzigen Tages, etwa zweitausend Personen die Grenze illegal übertreten konnten. Die Sportwelt beschäftigte derweil vor allem die Frage, ob der spanische Tenniskönig Rafael Nadal bei den nahenden US Open eine Chance hatte, wieder zu den Besten zu gehören. Ein gewöhnlicher Tag in Orbáns System der Nationalen Zusammenarbeit (*NER*), jenem politischen Gebilde, das 2010 nach Orbáns Wahlsieg mit Zweidrittelmehrheit zu wachsen begann.

Auch für mich versprach es, ein Routinetag zu werden. Wie jeden Morgen war ich kurz nach sieben Uhr in der Redaktion. Die *Népszabadság* residierte zu dieser Zeit nicht mehr in ihrem angestammten Gebäude in Buda, im dritten Bezirk, sondern im Corvin Plaza, mitten in der Stadt – gleich unter der Redaktion des Boulevardblatts *Blikk*, das bis November 2025 ebenfalls zum Schweizer Ringier-Konzern gehörte. Ein moderner Glaskasten, sauber, funktional, leblos. Um diese Stunde begegnete man dort nur den Reinigungskräften. Selbst das Büro des Chefredakteurs, András Murányi, war noch verschlossen.

Bis acht Uhr hatte ich sämtliche Zeitungen gelesen, prüfte, was andere Zeitungen gebracht hatten, welche Themen wir verschlafen hatten, welche wir unbedingt nachziehen mussten. Danach die täglichen Telefonate mit den Ressortleitern, eine Tasse Kaffee nach der anderen – drei, manchmal vier, bevor um zehn die Redaktionskonferenz begann. Eine stimulierende Wirkung hatte der Kaffee zwar nicht, schuf in dem täglichen Chaos aber wenigstens eine Art von Ordnung.

Die übliche Redaktionskonferenz um zehn Uhr ließ ich ausfallen. Wenn möglich, versuchte ich mich damals schon immer öfter vor solchen Verpflichtungen zu drücken. Mein Verhältnis zum Chefredakteur war nicht gerade freundschaftlich, auch mit seinem Führungsstil kam ich nicht zurecht.

Glücklicherweise war ich in jener Woche ohnehin nicht der stellvertretende Chefredakteur, der für die tägliche Leitung des Blattes verantwortlich war. Ein Freund hatte mich zum Mittagessen eingeladen, und ich kehrte erst nachmittags gegen halb zwei ins Corvin Pláza zurück, in dieses lärmende, glitzernde, ständig überfüllte Gebäude voller Geschäfte.

Ich war gerade auf dem Weg vom Parkplatz in Richtung Bürogebäude, als mein Handy piepte: eine E-Mail. Der Absender: Chefredakteur András Murányi. „Bitte um 14 Uhr im Besprechungsraum des Geschäftsführers erscheinen“. Ich wusste sofort, es war das Ende. Mein Magen verkrampfte.

Auch wenn man spürt, was kommen wird, auch wenn man sich schon seit Jahren auf das Unvermeidliche versucht vorzubereiten, auch wenn man in Gedanken schon tausendmal durchgespielt hat, wie man im entscheidenden Augenblick handeln müsste – anscheinend gibt es Dinge, auf die man sich nicht vorbereiten kann. Es bestätigte sich die uralte Journalisten-Weisheit, die Róbert Friss, einer der legendären verantwortlichen Redakteure der *Népszabadság*, so oft zitiert hatte: Es gibt nichts Schlimmeres als einen Tag, der gut startet. Das Endspiel hatte begonnen.

Der Schatten des Zweidrittelsieges

„Ja, wo ist denn der Iván?“ – mit dieser lässigen Frage betrat Viktor Orbán, der Vorsitzende der damaligen Oppositionspartei Fi-

desz und deren Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten, irgendwann im Herbst 2009, etwa ein halbes Jahr vor den Wahlen 2010, die Redaktion der *Népszabadság*. Dass Orbán kam, sorgte kaum für Aufsehen, denn die *Népszabadság* war allen Richtungen gegenüber aufgeschlossen, und führende Politiker jedweder Strömung waren häufig in der Redaktion zu Gast.

Dafür gab es verschiedene Gründe. Einerseits wollten die Politiker ihre wichtigsten Botschaften platzieren, damit man sie später nicht missverstehen konnte. Zugleich testeten sie ihre politischen Ideen und hörten sich an, welches Bild sich führende Journalisten und Redakteure von ihnen machten. Andererseits konnten die Journalisten kritische Fragen stellen und bekamen größtenteils ehrliche Antworten. Solche Unterhaltungen knüpften sich immer an eine Bedingung: Sie waren vom Gast nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, daher erschien meist nur eine kurze Meldung darüber, dass ein solches Treffen stattgefunden hatte.

Aus diesen inhaltlich wertvollen Begegnungen entstand ein Hintergrundwissen, das sich über lange Zeit gut nutzen ließ. Die Atmosphäre legte den Grundstein für eine spätere faire Kooperation, gegebenenfalls für ein Interview. So kam es beispielsweise zu dem denkwürdigen Gespräch mit László Kövér, einem der wichtigsten Anführer von Fidesz, dem früheren und späteren Parlamentspräsidenten, oder mit dem 2006 wiedergewählten Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsány, der in einem Interview in der *Népszabadság* schon lange vor seiner berüchtigten Öszöder-Rede zugab, in seiner Wahlkampagne zwar nicht gelogen, doch die Wahrheit nicht in allen Einzelheiten dargelegt zu haben. In seiner Öszöder-Rede, die zum späteren Sturz des Regierungschefs führte, hatte Gyurcsány schließlich zugegeben: „Wir haben morgens, mittags und abends gelogen“, um den Wahlsieg zu erlangen. Das

war für aufmerksame Leser der *Népszabadság* keine Überraschung mehr.

Als Viktor Orbán 2009 der Redaktion der *Népszabadság* seinen Besuch abstatte, war Gyurcsány nicht mehr Regierungschef. Nachdem Ószöder-Skandal versuchte er noch geschickt zu lavieren, doch war er von vornherein zum Scheitern verurteilt: Sein Rücktritt 2009 war der Schlusspunkt eines jahrelangen Niedergangs. Sein Nachfolger, Gordon Bajnai, übernahm das Amt des Regierungschefs allerdings nur für ein Jahr und auch nur, um die angeschlagene Wirtschaft wieder auf die Beine zu stellen. Daher wusste jeder, dass 2010 ein echter Wechsel erfolgen würde – mit Viktor Orbán. Und wer auch nur einen Funken Gespür für Politik hatte, der war sich darüber im Klaren, dass das ganz gewiss einen Zweidrittelsieg für Orbán bedeuten würde. Diese Mehrheit bedeutete mehr als nur politische Stärke. Sie öffnete sämtliche Türen: Zum ersten Mal seit der Wende konnte eine Partei allein regieren und das System von Grund auf umgestalten.

Eine Zweidrittelmehrheit hatte es in Ungarn früher schon gegeben, und zwar zwischen 1994 und 1998, als der Sozialist Gyula Horn, der eine bedeutende Rolle bei der deutschen Wiedervereinigung gespielt hatte, eine Koalition der Ungarischen Sozialistischen Partei (*Magyar Szocialista Párt, MSZP*) und der Bund Freier Demokraten (*Szabad Demokraták Szövetsége, SZDSZ*) anführte.

Diese Parteien hatten damals zwar die Macht, das politische System nach ihrem eigenen Bild zu formen. Doch sie nutzten ihre Macht nicht, um die politische Ordnung umzuschreiben. Vielleicht hätten sie dazu 1994, so kurz nach der Wende, keine Chance gehabt, auch wenn sie gewollt hätten. Denn die Erinnerungen an die postkommunistische Wende waren noch frisch, das politische Klima sensibel.

2010 aber war die Stimmung anders. Viktor Orbán, der die Massen hinter sich wusste, stand auf der Seite jener, die von dem Wandel enttäuscht waren. Sie waren nicht nur enttäuscht, weil der ersehnte Lebensstandard des Westens noch immer nicht in greifbare Nähe gerückt war. Ihre Enttäuschung galt den vergangenen zwei Jahrzehnten seit der Wende, aber auch der Wende an sich, die keine Sicherheit gebracht hatte, sondern das Gegenteil: Sie fühlten sich der bescheidenen Sicherheit beraubt, die ihnen die kommunistische Kádár-Ära geboten hatte.

Die Wende hatte vielen von ihnen die Arbeitsplätze genommen, im Tausch dafür aber nichts gegeben. Stattdessen empfanden die Menschen eine Arroganz der Mächtigen, mit der man den kleinen Leuten der Kádár-Ära, den Massen, begegnete. Sie hatten genug von dem feinen Gerede, davon, dass man ihnen ständig sagte, warum sie sich gerade wohlfühlen müssten. Sie hatten genug davon, dass sie ständig den Gürtel enger schnallen sollten, hatten genug von rasch aufeinanderfolgenden Sparpaketen, davon, dass man sie ständig mit einem nebulösen, fernen Zukunftsbild vertröstete. Und natürlich hatten sie genug von den außer Kontrolle geratenen Fremdwährungskrediten, davon, dass die meisten von ihnen niemals eine Chance bekamen, in einer eigenen Wohnung zu leben. Sie hatten genug davon, dass das eigene Heim nur Wunschtraum geblieben war, hatten genug von der Aussichtslosigkeit, die durch das politische Chaos zwischen 2006 und 2010, durch die Spaltung der Gesellschaft und die unversöhnlich scheinenden Gegensätze nur noch weiter verstärkt wurde. Aus dieser Situation, die lange aussichtslos schien, wies Viktor Orbán einen Ausweg.

In der ungarischen Verfassung ist eine Zweidrittelmehrheit der Schlüssel zur absoluten Macht. Mit einem so hohen Stimmanteil lässt sich im Parlament alles verwirklichen. Man kann die

Verfassung zum Fenster hinauswerfen und stattdessen ein neues Grundgesetz erschaffen, das nicht nur die Ideologie der politischen Mehrheit festschreibt, sondern auch ihre Macht wie eine Festung absichert.

Mit einer Zweidrittelmehrheit kann man die Wahlregeln so umschreiben, dass die Modifizierungen stets die Zweidrittelmehrheit begünstigen. Mit einer Zweidrittelmehrheit kann man das Parlament ausschalten und einfach per Dekret regieren.

Mit einer Zweidrittelmehrheit kann man die Mediengesetze ändern, man kann erreichen, dass Geschäftsleute, die zum persönlichen Kreis von Viktor Orbán gehören, und Personen, die staatliche Posten bekleiden, ihre Medienbeteiligungen in Höhe von mehreren hundert Millionen Euro von einem Tag auf den anderen ohne jegliche Gegenleistung freiwillig einer Stiftung überschreiben. Mit einer Zweidrittelmehrheit kann man diesen ganzen Prozess anschließend zu einer Angelegenheit von nationaler strategischer Bedeutung erklären, womit die nationale Wettbewerbsbehörde die Rechtmäßigkeit des Vorgangs nicht untersuchen darf, mit einer Zweidrittelmehrheit lässt sich einfach alles lösen.

In Besitz der absoluten Macht

Am späten Abend des 25. April 2010 erklärte Viktor Orbán triumphierend und mit der Zweidrittelmehrheit im Rücken, dass die Wahl in Wirklichkeit eine „Revolution der Wahlkabinen“ gewesen sei und von nun an politische Regierungsarbeit folgen werde. Zuvor hatte es in der noch vielfältigen Presse lange Diskussionen darum gegeben, ob es gut wäre, wenn Fidesz die verfassungsändernde Mehrheit erlange. Viele waren der Ansicht, dies sei notwendig, denn mit der Zweidrittelmehrheit könne Fidesz jenen

Elfenbeinturm zerschlagen, in dem die Politiker weit entfernt von den Massen saßen. Zudem wäre auch die Regierungsarbeit effektiver.

Im damaligen ungarischen parlamentarischen System gehörten zu den qualifizierten oder einfachen Zweidrittelgesetzen Bereiche, bei deren Regelung die im Parlament vertretenen Parteien nie zu einem Kompromiss kamen, auch nicht in dringenden Fällen: Änderungen der Verfassung, die Umstrukturierung des kommunalen Systems, das Gesetz über den Rechtsstatus der Abgeordneten, die Festlegung der Größe des Parlaments, die Änderung der Gesetze über die Polizei, die Gerichte und die Staatsanwaltschaft, die Verabschiedung des Mediengesetzes, die Verabschiedung des Gesetzes über geheime Daten, die Gesetze über die Staatsbürgerschaft oder die Verabschiedung eines abgeänderten Wahlsystems.

Diejenigen, die auf die Effektivität der Regierungsarbeit hofften, vertrauten in einer gewissen Naivität darauf, dass Fidesz kein Interesse daran haben würde, der jeweiligen Regierung in diesen dysfunktionalen Bereichen eine Übermacht zu gewähren. Denn es bestand immerhin die Möglichkeit, dass auch Fidesz wieder einmal selbst in die Opposition gelangen könnte.

Die Gegenseite argumentierte, dass die Gesetze, die einer Zweidrittelmehrheit bedurften, die grundlegenden Regeln der Staatsorganisation sowie die Grundrechte der Menschen so festlegten, dass die jeweilige Parlamentsmehrheit diese nicht antasten dürfe. Es sei denn, es gelänge ihr, mit einer breiten gesellschaftlichen Legitimation und im Einvernehmen verschiedener politischer Richtungen – sowohl auf Regierungsseite wie auch in der Opposition – einen Kompromiss zu schließen. So könne die Demokratie nämlich vor den Bestrebungen der jeweiligen Mehrheit nach Übermacht geschützt werden. Viele befürchteten, dass die Regierungsmehrheit im Grunde genommen die eigene Unabsetzbarkeit vorbereitete,

wenn Fidesz das Wahlsystem, die Parteienfinanzierung, die Medienregelung oder die Ausübung der politischen Rechte nach den eigenen Interessen ausrichten konnte.

Eine zeitlose Erkenntnis: Ohne Medien geht es nicht

Die in Ungarn mit der höchsten Auflage erscheinende politische Tageszeitung *Népszabadság* hatte bereits mehreren Regierungen durch ihre investigativen Artikel Kopfschmerzen bereitet. Viele nahmen ihr diese Artikel im Laufe der Zeit übel, und auch Viktor Orbán hatte persönlich einige offene Rechnungen mit ihr zu begleichen. Denn die *Népszabadság* hatte 1993 enthüllt, wie die damals größte Regierungspartei, das konservative Ungarische Demokratische Forum (*Magyar Demokrata Fórum, MDF*), mit der damals noch liberalen Oppositionspartei Fidesz beim Verkauf der Parteizentralen gemeinsame Sache machte. Es handelte sich dabei um einen großen Skandal, da sich herausstellte, dass die beiden Parteien sich hinter den Kulissen abgesprochen hatten. Sie modifizierten die Gesetze sogar so, dass sie nach dem Verkauf der Parteizentralen, die sie als Schenkung erhalten hatten, weder Mehrwertsteuer noch Körperschaftssteuer nach dem Verkauf zahlen mussten.

Später kam zudem ans Licht, dass Fidesz-Führungspersonlichkeiten – in erster Linie der Hintermann der Partei in wirtschaftlichen Fragen, Lajos Simicska, den viele für einen ebenso bedeutenden Akteur wie Viktor Orbán hielten – die auf diese Weise beschafften Hunderte Millionen von Forint² in Unternehmen investierten. Diese Investitionen bildeten die Grundlage für die wachsenden finanziellen Möglichkeiten von Fidesz und das zukünftige sagenhafte Vermögen Viktor Orbáns und seiner Familie.

Die Fidesz-Partei, die sich bis dahin im Aufschwung befand und in Meinungsumfragen überlegen führte, stürzte nach Bekanntwerden des Skandals etwa ein halbes Jahr vor den Wahlen im Jahr 1994 ab, was in einem kläglichen Fiasko endete: Fidesz erlangte ein Abgeordnetenmandat weniger als vier Jahre zuvor, zur Zeit der Wende, als sie im Wesentlichen aus dem Nichts aufgetaucht war. Viktor Orbán und seine Partei kamen 1994 auf ein Ergebnis von 7,01 Prozent, was für sie eine riesige Enttäuschung bedeutete.

Zu dieser Zeit und nach der katastrophalen Niederlage des Ungarischen Demokratischen Forums (*MDF*) machte sich Fidesz daran, die beinahe verwaiste rechte Seite des politischen Spektrums zu erobern, indem er seine bis dahin liberale Politik nach und nach aufgab. Die Strategie ging auf: Orbán besiegte 1998 gemeinsam mit der Unabhängigen Partei der Kleinlandwirte (*Független Kisgazdapárt, FKgP*), die ein Bündnis mit den Überresten des MDF bildete die damalige Koalition aus Sozialisten und Freien Demokraten und gelangte so an die Regierung.

Doch musste Fidesz das Ruder 2002 schon wieder abgeben. Zähneknirschend. Orbán hatte die erneute Bewährungsprobe vermutlich allzu selbstsicher in Angriff genommen. Während der gemeinsamen Regierungszeit hatte er sich die Kleinlandwirte im Wesentlichen einverleibt. Die Wirtschaftsindikatoren waren gut, wobei Fidesz in den ersten drei Jahren seiner Amtszeit eine strenge Haushaltspolitik verfolgte. Die rechte Wende schien erfolgreich.

Doch in der zweiten Hälfte seiner Regierungszeit verlor Orbán die liberalen Wähler in den Großstädten, vor allem in der Hauptstadt, aufgrund seiner ausgesprochen Budapest-feindlichen Politik. Er verlor auch, weil die erneut nach der Macht strebende sozialistische Partei MSZP mit sozialen Forderungen Wahlkampf machte, deren Grundlagen zumindest fragwürdig schienen. Da-

mit wusste Orbán damals nichts anzufangen. Die sozialistische Partei bemühte sich nämlich, Erwartungen zu wecken, die ihren Ursprung in sozialen Versprechen aus der Wendezeit hatten. Das heißt, die MSZP nutzte damals bewusst dieselbe Enttäuschung aus, wie es Viktor Orbán dann 2010 ebenfalls tat.

Orbán konnte auch schwer damit umgehen, dass die sozialistische Partei einen früheren technokratischen Finanzminister in Person von Péter Medgyessy als seinen Herausforderer aus dem Hut gezaubert hatte. Er verkörperte das Unpolitische an sich. Neben Orbán als gerissenem Politiker wirkte Medgyessy vollkommen zivil, und gerade das machte ihn in den Augen vieler Wähler glaubwürdig.

*Bis 2010 gehörte das ungarische Wahlverfahren zu den Typen der **gemischten Wahlsysteme**, da es das lokale Mehrheits-/Einmandatssystem mit dem territorialen Verhältnis-/Parteilistensystem kombinierte. Das System erinnerte an das deutsche und war ebenso ein kompensatorisches Mischsystem, verwendete jedoch – im Unterschied dazu – zur Verringerung von Stimmenverlusten die sogenannte Rückrechnung von Reststimmen.*

In das damals 386-köpfige Einkammerparlament konnten

- *176 Abgeordnete über Einmandatswahlkreise einziehen,*
- *mindestens 58 über die landesweite Parteiliste und*
- *höchstens 152 über territoriale Parteilisten.*

Mandate über Parteilisten konnten nur erlangt werden, wenn die für die Liste abgegebenen Stimmen im landesweiten Durchschnitt die 5-Prozent-Hürde überschritten. Damit war sichergestellt, dass im Ergebnis die Zahl der Abgeordneten der jeweiligen Partei den prozentualen Anteil der erreichten Stimmen entsprach.